



## Bettina Hagedorn

Ihre Bundestagsabgeordnete für Ostholstein und Nordstornarn

[www.bettina-hagedorn.de](http://www.bettina-hagedorn.de)

**Stark im Handeln –  
nah bei den Menschen!**

### Bericht über meine Arbeit 2009-2010 als Bundestagsabgeordnete

#### Glaubwürdigkeit durch Transparenz:

Meine Aufgabenschwerpunkte

Aktiv für die Region

Transparenz und Information

Förderung von jungen Menschen

Mein Mitarbeiter-Team – die „guten Geister“ in Berlin und Eutin





Am 02.03.11 absolvierte ich einen Praxistag im AWO Pflegeheim Lensahn und nutze die Zeit für Gespräche mit den Heimbewohnern. Dies war bereits mein 6. Pflegepraktikum in Ostholstein.



Treffen mit Carola Steinbacher am 28.08.10 in Eutin im Café de Büx. Carola war 2009 als junge Berufstätige über das Parlamentarische Patenschafts-Programm des Deutschen Bundestages für ein Jahr in die USA gereist.



In der Gedenkstätte Ahrensbök wurde am 16.08.09 10jähriges Jubiläum des internationalen Jugendsommerlagers gefeiert. Dabei schilderten mir die Jugendlichen ihre Motivation zum aktiven Engagement.



Zu Besuch beim Seniorenbeirat des Deutschen Roten Kreuzes in Bad Malente am 07.04.10. Hier treffen sich jeden ersten Mittwoch im Monat 40 Senioren zu einem bunten Nachmittag bei Kaffee und Kuchen.



Gemeinsam mit Gaby Stiller, Wolfgang Unger, Sandra Redmann und Irmgard Bartholome (v.l.) verteilte ich am 24.08.10 Brotboxen an die neuen Erstklässler an der Cesar-Klein-Schule in Ratekau.



Zu einem besonderen Informationsnachmittag lud mich der SPD-Ortsverein Stockelsdorf am 19.09.10 ein. Bei diesem „Nachbarschaftsgespräch“ konnten die Bürgerinnen und Bürger aktuelle politische Themen mit mir diskutieren



Meine 50 Besucher aus dem Wahlkreis, die vom 17.-19.11.10 in Berlin zu Gast waren.



# Bettina Hagedorn

Ihre Bundestagsabgeordnete für Ostholstein und Nordstormarn

[www.bettina-hagedorn.de](http://www.bettina-hagedorn.de)

**Stark im Handeln –  
nah bei den Menschen!**

Eutin, April 2011

## **Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,**

mit diesem Rechenschaftsbericht über die letzten zwei Jahre meiner Arbeit als Bundestagsabgeordnete möchte ich Ihnen wieder eine kompakte Zusammenfassung geben: sowohl über meine inhaltlich-fachlichen Arbeitsschwerpunkte in Berlin wie auch über mein Wirken im Wahlkreis, meine Zusammenarbeit mit Verbänden und Institutionen, Kontakte zu verschiedenen Zielgruppen und meine Öffentlichkeitsarbeit. Ich hoffe, dass Sie mit dieser Übersicht einen informativen Einblick in meine Arbeit erhalten und wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

## **I. Meine Aufgabenschwerpunkte**

Die vergangenen zwei Jahre waren für mich und die SPD eine spannende, ereignis- und arbeitsreiche Zeit, in der es 2009 bittere Wahlniederlagen in Berlin und Kiel gab sowie eine umfangreiche Aufarbeitung dieses Vertrauensverlustes bei den Wählerinnen und Wählern innerhalb unserer Partei. In Berlin ist unsere Fraktion von 222 Abgeordneten bis 2009 auf nur noch 146 zusammengeschmolzen – das heißt u.a.: mehr Arbeit für weniger Schultern. „Opposition ist Mist“ – dieses geflügelte Wort von „Münche“ kann ich nur bestätigen und gemeinsam wollen wir dafür sorgen, dass unsere Zeit in der Opposition in Berlin und Kiel hoffentlich kurz ist.

Seit 2002 arbeite ich in Berlin im Haushalts- und Rechnungsprüfungsausschuss - meine Aufgaben dort sind seit 2009 enorm gewachsen und stellen mich vor neue Herausforderungen. Im „Königsausschuss“ des Parlaments – dem einflussreichen **Haushaltsausschuss** - bin ich seit der Wahl nun nicht mehr für das Innenressort, sondern für das **Ministerium für Arbeit und Soziales** und damit für 40 Prozent des Bundeshaushaltes verantwortlich. Dieses Ressort ist vor allem das zentrale Konfliktfeld für uns Sozialdemokraten während einer schwarz-gelben Regierung wie der aktuelle „Hartz-IV-Poker“, die JobCenter-Reform oder die soziale Schieflage des so genannten „Sparpaketes“ belegen. Ich bin nicht nur zuständig für die Finanzierung der Bundesagentur für Arbeit und

ihrer beschäftigungswirksamen Instrumente zum Wohle der Arbeitsuchenden mit der Fortführung des Kurzarbeitergeldes – auch die Rente gehört zu meinem Aufgabenbereich.



*Zusammen mit SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier.*

Ich freue mich, dass ich als **stellvertretende Sprecherin der Arbeitsgruppe Haushalt** innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion gewählt wurde. Außerdem bin ich seit Herbst 2009 neu Mitglied im **Fraktionsvorstand** der SPD und weiterhin **stellvertretende Sprecherin der SPD-Arbeitsgruppe Kommunalpolitik** mit der zentralen Zuständigkeit für die Interessen des ländlichen Raumes. Für den **Rechnungsprüfungsausschuss** wurde ich zur **Sprecherin der SPD** gewählt und

habe dort gleichzeitig die Hauptberichterstattung für das Verkehrsministerium. In der Summe sind das ziemlich viele neue wichtige Funktionen – ich bin stolz, dass mir die Fraktion offenbar so viel Vertrauen entgegenbringt, dass ich diese Mega-Aufgaben ordentlich bewältige. Das lässt sich auch an der Anzahl meiner gehaltenen Reden ablesen (Haushälter halten normalerweise nicht viele Reden im Bundestag, da wir – außer für das Haushaltsgesetz und die Gesetze zur Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise – keine Federführung bei den Gesetzesvorhaben haben): **seit 2002 habe ich im Bundestag 24 Reden gehalten, 9 davon allein in 2009 und 2010.** Alle meine Reden können Sie bei Interesse übrigens auf meiner Homepage und auf der Homepage des Bundestages (Mediathek) auch nachträglich anschauen.



*Bei meiner Rede im Plenum am 28.10.2010 zum Haushaltsbegleitgesetz.*

Auch in Schleswig-Holstein gibt es für unsere Landesgruppe der MdBs seit der Wahlniederlage mehr Arbeit für weniger Schultern: statt neun sind wir jetzt nur noch sechs Bundestagsabgeordnete und versuchen die Wahlkreise ohne MdB mit zu betreuen: ich teile mir gemeinsam mit **Ernst-Dieter Rossmann die Betreuung für den Wahlkreis Dithmarschen** – leider sehr zeitaufwändig von Ostholstein aus zu erreichen. Ich freue mich, dass ich am **15. Januar 2011 als Gastrednerin** auf dem gemeinsamen traditionellen Neujahrsempfang der **Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)** und der Jusos der **SPD-Dithmarschen in Meldorf** eingeladen war – im Zentrum meiner Rede stand natürlich der katastrophale Kahlschlag bei der schwarz-gelben Arbeits- und Sozialpolitik, die Belastungen für Patienten und Beitragszahler im Bereich Gesundheit und Pflege sowie die



*Als Gastrednerin bei der AfA am  
15.01.2011 in Meldorf.*

Rückwärtsrollen in der Energiepolitik mit der Verlängerung der Restlaufzeiten von Atomkraftwerken.

**Das Jahr 2010 hat die Politik in Berlin kräftig „aufgemischt“:** heute haben wir eine FDP, die um über 10% in der Wählerzustimmung auf unter 5% abgestürzt ist und nicht nur „Dank“ der „Hotelierentlastungssteuer“ als Klientelpartei für Großkonzerne, Pharmaindustrie, Privatversicherer und Strommonopolisten gebrandmarkt ist – ein solch rasanter Absturz einer Regierungspartei ist einmalig im Nachkriegsdeutschland! Die CDU/CSU,

die von der FDP oft genug wie ein „Nasenbär“ vorgeführt und blockiert wird, hadert nicht nur bei „Stuttgart 21“ und angesichts ihrer Rückwärtsrolle bei der Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke mit ihrer Akzeptanz als Volkspartei. Vor allem die missratene Gemeindefinanzentlastung mit der Debatte über die Streichung der Gewerbesteuer sorgt für „Grummeln“ bei der kommunalpolitischen Basis - Bundeswehrreform, Standortschließungen und unsozialer Kahlschlag bei Gering- und Normalverdienern, neue Belastungen für Familien, Beitragszahler und Rentner und der Wortbruch bei „Mehr Netto vom Brutto“ werden auch künftig für „Stress“ bei der Union sorgen und sich hoffentlich im Superwahljahr 2011 bei den anstehenden 7 Landtagswahlen auch als Wähler-Quittung zeigen.

Außenpolitisch zeigt die schwarz-gelbe Regierung ein desaströses Bild und viele Menschen in der Wirtschaft, die NICHT zum sozialdemokratischen Wählerpotential gehören, wünschen sich längst angesichts des verheerenden Zick-Zack-Kurses der Kanzlerin in ihrer Europapolitik die Stabilität und europäische Führungsrolle zurück, die es bei Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise mit der Großen Koalition gab. Schwarz-Gelb steht für Wankelmütigkeit und mangelhaftes Krisenmanagement – den Menschen fehlt die zupackende Orientierung eines Peer Steinbrück, der es inmitten der Bankenkrise verstand, den Menschen Sicherheit in die Stärke und Zuversicht Deutschlands zu vermitteln. Es fehlen ein Frank-Walter Steinmeier und ein Olaf Scholz, die für Kurzarbeitergeld, Konjunkturprogramme und für die Allianz und finanzielle Unterstützung für die Kommunen in der Krise gesorgt haben.

2010 haben wir ein Europa erlebt, das angesichts von Griechenland, Irland, Portugal und Spanien angesichts von Euro-Rettungspaketen, von ständig neuen Forderungen nach Erhöhung der Rettungsschirme statt von uns geforderter Finanztransaktionssteuer aus der Balance geraten ist, Orientierung sucht – und sie in dem blassen Duo Merkel/Westerwelle mit Sicherheit nicht findet. Der konservative Premier Jean Claude Juncker aus Luxemburg, ehemaliger Chef des IWF und seit Jahren einflussreicher Vorsitzender der Euro-Gruppe, griff

im Dezember öffentlich die konservative Kanzlerin aus dem mächtigen Deutschland wegen ihrer mangelnden europäischen Verantwortung an ... eine ähnliche Dissonanz im konservativen Lager hat es im Europa der Nachkriegszeit noch nie gegeben. Schwarz-Gelb steht für mangelnde Identität in Europa – aber ebenso für fehlende Orientierung und Profilierung in Berlin wie in Kiel.



*Am Abend vor der Bundespräsidentenwahl, gemeinsam mit Joachim Gauck.*

Ein „Zeichen der Hoffnung“ war – nach dem überraschenden Rücktritt von Horst Köhler – die **Wahl zum Bundespräsidenten** im Juni 2010. Mit **Joachim Gauck** hatte die SPD den absolut richtigen Kandidaten zum richtigen Zeitpunkt! Quer durch alle gesellschaftlichen Schichten wünschten die Menschen sich mit Joachim Gauck einen Bundespräsidenten, der sie mit seinen Reden, seiner Gradlinigkeit und seiner Biographie glaubwürdig berührt hat. Die spontan initiierte Internet-Community mit tausenden Anhängern war nur ein Beispiel dafür,

wie viele Menschen jeden Alters unser Kandidat damals mit seinen nachdenklichen Reden und seinem unabhängigen Amtsverständnis überzeugt hat. Hunderte Emails, die mich in jenen Tagen erreicht haben, waren deutlicher Beleg dafür, dass ein unmissverständlicher Wunsch nach Veränderung vorhanden war. Ich hätte mir sehr gewünscht, dass diese Hoffnungen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger auch bei den Volksvertretern aller Parteien angekommen wären und diese mit ihrer Wahl ein **Zeichen zur Überwindung der politischen und gesellschaftlichen Spaltung** gesetzt hätten. Dass es – für uns alle unerwartet – zu einem zweiten und sogar dritten Wahlgang gekommen ist, hat – sicher nicht nur bei mir - Hoffnungen geweckt darauf, dass an diesem 30. Juni vielleicht doch noch ein kleines „Wunder“, eine politische Sensation geschehen könnte. Aber die Ernüchterung folgte, als das Ergebnis des dritten Wahlgangs - pro Christian Wulff - verkündet wurde. Es passt zu Joachim Gaucks positivem Charakter, dass er am Ende des Tages nach eigenen Worten „trotz allem ein glücklicher Mensch“ war – reicher geworden an Erfahrung und von vielen Menschen bestätigt in seinem Ziel, in unserer Gesellschaft „Brücken bauen“ zu wollen.

Schwarz-Gelb hingegen tut seit Regierungsbeginn nichts anderes, als Brücken einzureißen und die Kluft zwischen Arm und Reich immer größer werden zu lassen. Vor allem steht diese Regierung für das „Einknicken“ des Staates vor den wirtschaftlich Mächtigen – ob es die Hoteliers sind, die vier Energiemonopolisten, die Privaten Krankenversicherer und Pharmakonzerne oder ...oder ...oder. Der Staat als Erfüllungsgehilfe von „Klientelinteressen“

anstatt als Anwalt für das Gemeinwohl – exemplarisch wird diese traurige Wahrheit an folgenden Punkten deutlich:

Am 28. Oktober 2010 hat Schwarz-Gelb im Bundestag mit dem „Haushaltsbegleitgesetz 2011“ das so genannte „**Sparpaket**“ beschlossen – der in Zahlen gegossene Beweis dafür, dass diese Koalition der sozialen Kälte eine „Haushaltskonsolidierung“ einseitig auf dem Rücken der Schwächsten unserer Gesellschaft vollzieht, anstatt die Unternehmen und Besser-Verdienenden angemessen an den Folgekosten der Krise zu beteiligen: Über 32 Mrd. Euro - und damit fast 50% aller Kürzungen - treffen bis 2014 allein die Ausgaben des Arbeits- und Sozialministeriums – ein **sozialer Kahlschlag**, der vor allem die **Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik drastisch kürzt**, so dass bundesweit künftig in den JobCentern kaum Mittel für wichtige Maßnahmen zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit zur Verfügung stehen werden. Getreu dem Motto „Fordern Ja, Fördern Nein!“ trifft dieser Kahlschlag vorrangig Alleinerziehende, jüngere wie ältere Langzeitarbeitslose, Menschen mit Handicap und Migranten und nimmt ihnen die Chance auf eine erfolgreiche Jobperspektive mit einer qualifizierten Arbeit, von der man eigenständig leben kann. Das ist kein „Sparen“, wenn man Langzeitarbeitslosen die Chance auf Weiterbildung und Umschulung nimmt und dafür sorgt, dass sie langfristig auf Hilfsarbeiten und Dumpinglöhne angewiesen sind – zumal die Forderung nach Mindestlöhnen und Equal-Pay weiter ignoriert und blockiert wird.

Unter dem harmlos klingenden Stichwort „Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen“ sollen **2011 allein bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik 2 Mrd. Euro gekürzt** werden - 2012 sind es sogar 4 Mrd. Euro, in 2013 und 2014 je 5 Mrd. Euro - d.h. **16 Mrd. Euro in den nächsten vier Jahren!** Zusätzlich wird das Übergangsgeld für Arbeitslose von ALG I zu ALG II ersatzlos gestrichen. Ausgerechnet Familien mit ihren Kindern im ALG-II-Bezug streicht Schwarz-Gelb das Elterngeld komplett und nimmt damit den Eltern und ihren Neugeborenen im wichtigen 1. Lebensjahr 3.600 Euro. Zusätzlich wird pünktlich zum Winter der Heizkostenzuschuss gestrichen – das trifft 800.000 Haushalte mit durchschnittlich 800 Euro Monatseinkommen! Und das trifft auch besonders viele Alleinerziehende mit ihren Kindern, die zu 40 Prozent auf ALG II angewiesen sind - das ist soziale Kälte pur!

Dieser Kahlschlag wirkt sich zusätzlich auch **regional mit „sozialer Schieflage“** aus: **Schleswig-Holstein verliert durch die Kürzungen von 2011 bis 2014 insgesamt ca. 850 Mio. Euro**, davon über 500 Mio. Euro binnen 4 Jahren allein durch Maßnahmen zu Lasten der Langzeitarbeitslosen und ihrer Familien! Das sorgt im Jahresdurchschnitt in Schleswig-Holstein für ein Minus von 44,14 Euro je Einwohner – in Mecklenburg-Vorpommern ist es mit 82,28 Euro sogar fast das Doppelte, im reichen Bayern kommt mit minus 21,88 Euro je Einwohner nur halb so viel schwarz-gelbe „Kürzung“ an. Diese soziale „Schlagseite“ gilt auch innerhalb unseres Landes: Am wenigsten den sozialen Rotstift des Bundes spürt die Boom-

Region Stormarn, die im Hamburger Rand mit 4 % Arbeitslosenquote fast Vollbeschäftigung hat (minus 24,25 Euro/EW), während die strukturschwachen Flächenkreise deutlich stärker getroffen werden. Am schlimmsten aber trifft es Lübeck, Kiel, Neumünster und Flensburg mit jeweils deutlich über minus 75 Euro/EW - und damit Brennpunkte von notwendiger sozialer Integration. Das beweist: Schwarz-Gelb hat auch in der Regionalpolitik jeden Kompass für Gerechtigkeit und Solidarität verloren und gefährdet leichtfertig das Ziel, überall in Deutschland vergleichbare Lebensbedingungen durch gezielte Strukturhilfe des Staates anzustreben.

Und als „Sahnehäubchen“ werden die Rentenbeiträge für Langzeitarbeitslose sowie die Erstattung „einigungsbedingter Leistungen“ an die Rentenversicherung komplett gestrichen, wodurch der Rentenkasse pro Jahr 2,1 Mrd. Euro fehlen werden. Folge: bis 2014 entsteht in der Rücklage der Rentenversicherungen ein Loch von 8,4 Mrd. Euro - das spart NICHTS, sondern verschiebt Lasten in die Zukunft und sorgt absehbar - NACH der nächsten Bundestagswahl! - für höhere Beitragssätze zu Lasten der Arbeitnehmer, denen doch „Mehr Netto vom Brutto“ versprochen war ...



*Zu Besuch im Sozialkaufhaus in Neustadt am 29.03.2010: v.l.n.r. Jutta Blunck (Einrichtungsleiterin der BQOH), Herr Linder (Geschäftsführer der Arge OH), Margit Giszas (SPD Neustadt) und Lars Winter (SPD Kreisvorsitzender).*

Als Hauptberichterstatterin für den Etat des Ministeriums für Arbeit und Soziales stand für mich das Jahr 2010 voll im Zeichen der **JobCenter-Reform**. Ursprünglich hatte Schwarz-Gelb eine komplette Zerschlagung der seit Jahren bewährten Zusammenarbeit von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen in den ARGEN in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben. Noch Anfang 2009 hatte die Große Koalition sich

auf Vorschlag von Olaf Scholz und mit der Unterstützung aller Ministerpräsidenten und der Kanzlerin auf eine Verfassungsänderung verständigt, die fast exakt der jetzigen Gesetzeslage entsprach – bis im März 2009 die CDU/CSU-Bundestagsfraktion quasi über Nacht eine Rückwärtsrolle vollzog und grundlos blockiert die Reform blockierte – letztlich auf dem Rücken der bundesweit **66.000 Mitarbeiter der Bundesagentur und der Argen** – davon über 22.000 Beschäftigte der Kommunen, deren berufliche Zukunft ab 2011 vollkommen ungewiss gewesen wäre. Dieser ganze „Affentanz“ der Union war überflüssig wie ein Kropf und wahrlich kein Motivationsschub für die Mitarbeiter, um sich mit aller Kraft um Millionen Arbeitsuchende zu kümmern! Statt **bewährter „Hilfe aus einer Hand“** wollte Schwarz-Gelb mitten in der Krise bei steigender Arbeitslosigkeit ein „Bürokratiemonster“ mit

enormen Mehrkosten aufbauen – worunter absehbar v.a. Qualifizierung und Eingliederung der Arbeitsuchenden hätten leiden müssen.

In langwierigen Verhandlungen gelang der SPD letztlich die Fortführung der erfolgreichen aktiven Arbeitsmarktpolitik aus einer Hand. Damit bleiben auch **in Ostholstein/Stormarn künftig die JobCenter bewährte zentrale Anlaufpunkte** der Betroffenen. Dank unseres Verhandlungsdrucks wurden auch die von Schwarz-Gelb gesperrten 3.200 befristeten Stellen in den JobCentern am 9. Juni 2010 endlich entfristet – ein weiterer Erfolg neben der von uns geforderten Bewilligung von 900 Mio. Euro für die aktive Arbeitsmarktpolitik 2010 u.a. zur Förderung Älterer, Alleinerziehender und Jugendlicher! Doch damit nicht genug – auch die ebenfalls von uns in den Verhandlungen erreichten Betreuungsschlüssel (von Mitarbeitern im Verhältnis zu Arbeitsuchenden) von 1:75 bei unter 25jährigen und 1:150 bei über 25jährigen Arbeitslosen stehen im Gesetz und sind damit als Qualitätsstandard dauerhaft gesichert.

Maßgebliches Thema bei der Arbeits- und Sozialpolitik war und ist die **Reform der Grundsicherung für Arbeitssuchende**, die sog. „Hartz IV-Reform“. Es ist richtig, dass die SPD-Verhandlungsführerin Manuela Schwesig das von Schwarz-Gelb vorgelegte Angebot abgelehnt hat und dennoch jetzt über den Vermittlungsausschuss im Bundesrat weiter



12.02.10: Pressegespräch bei der ARGE in Eutin.

verhandelt wird. Zentral ist für mich, dass die vorgesehenen Mittel für Bildung wirklich bei den Kindern ankommen. Statt der gut 700 Mio. Euro, die Frau von der Leyen im Bundeshaushalt für mehr Bildung vorgesehen hat, wären – auch nach Berechnungen der kommunalen Spitzenverbände – **mindestens 1,7 Mrd. Euro jährlich nötig**. Die SPD kämpft dafür, dass dieses Geld 1 : 1 direkt bei den Kommunen ankommt und zweckgebunden für Bildungsarbeit und Jugendhilfe ist – z.B. dafür, dass jede Schule davon eine Stelle für Jugendsozialarbeit finanziert erhält. Frau von der Leyen hingegen hat den Kommunen lediglich 1,2 Mrd. Euro Mehrbeteiligung des Bundes über die „Kosten der Unterkunft“ für Langzeitarbeitslose angeboten – wohl wissend, dass dann in keinster Weise festgeschrieben ist, dass dieses Geld in den Kommunen auch wirklich für eine verbesserte Qualität der Bildung ausgegeben wird. Mit einem solchen ‚Kuhhandel‘ hofft die Regierung die Kommunen zu ‚ködern‘ und verliert dabei trotz aller Sonntagsreden den Kern des Verfassungsgerichtsurteiles – nämlich die Chancengleichheit in der Bildung für zwei Millionen Kinder von Langzeitarbeitslosen zu verwirklichen - komplett aus dem Blick. Das ist nicht nur unseriös, sondern absolut unverantwortlich! Diese Reform muss die Hartz IV-

Gesetzgebung endgültig verfassungsfest machen, es darf nicht passieren, dass das Bundesverfassungsgericht auch dieses jetzt verhandelte Gesetz für verfassungswidrig erklärt. Entgegen dem öffentlich verbreiteten Vorwurf an die SPD, die Verhandlungen thematisch überfrachtet zu haben, trifft genau dieser Vorwurf auf Frau von der Leyen zu: ihr erst kurzfristig eingebrachter Vorschlag, die Kommunen bei der Grundsicherung im Alter um 4 Mrd. Euro entlasten zu wollen, hat nichts mit dem Verfassungsurteil zu Bildungspaket und Regelsätzen zu tun und ist ein ‚vergiftetes‘ Angebot, das den Kommunen nur scheinbar nützt – den Kindern von Langzeitarbeitslosen und Geringverdienern allerdings gar nicht. **Um es klar zu sagen: auch die SPD-Bundestagsfraktion will die Kommunen um diese 4 Mrd. Euro bei der Grundsicherung entlasten – aber nicht zu Lasten der aktiven Arbeitsmarktpolitik und nicht zu Lasten der Sozialversicherungsbeiträge!**

Denn Schwarz-Gelb verschweigt wohlweislich, dass **nach ihrem Vorschlag dieses Geld - 15 Mrd. Euro bis 2015! - komplett zu Lasten des Budgets der Bundesagentur für Arbeit hätte finanziert werden sollen** – und zwar zusätzlich zu den 10 Mrd. Euro, die der Bundesagentur für Arbeit bis 2014 ohnehin schon unter dem Motto „Umwandlung von Pflicht- in Ermessensleistungen“ im Rahmen des so genannten ‚Sparpaketes‘ von Schwarz-Gelb gekürzt werden. Das würde bedeuten: noch weniger Qualifizierung für Arbeitsuchende angesichts eines nie gekannten Ausmaßes von Fachkräftemangel einerseits und eine absehbar notwendigen drastischen Erhöhung des Arbeitslosenversicherungs-Beitrages zu Lasten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern andererseits. Wobei alle wissen: höhere Sozialversicherungsbeiträge belasten immer überproportional Gering- und Normalverdiener mit ihren Familien.

## II. Weitere Aufgaben in Schleswig-Holstein



*Die vier Kandidaten für die Landtagswahl: Torsten Albig, Mathias Stein, Ralf Stegner, Brigitte Fronzek (v.l.).*

In Schleswig-Holstein bin ich seit 2003 Mitglied im Landesvorstand und seit 2007 **stellvertretende SPD-Landesvorsitzende**, was zu vielen zusätzlichen Verpflichtungen führt. Aktuell bin ich federführend für den Mitgliederentscheid des Landesverbandes zuständig, an dessen Verfahrensende wir mit knapp 20.000 SPD-Mitgliedern die Spitzenkandidatur für die kommende Landtagswahl basisdemokratisch entschieden haben werden. Seit November haben wir insgesamt 16 **Kandidatenrunden** im ganzen Land durchgeführt, zu denen über 5.000 Mitglieder und

Gäste gekommen sind und den vier Bewerbern konstruktiv-kritische Fragen gestellt haben. Diese Veranstaltungsreihe war eine absolute „Erfolgsstory“, mit der sich unsere Partei offen und transparent dargestellt und eine enorme Mobilisierungswirkung gezeigt hat. Die SPD hat bewiesen: wir haben unsere Lektion in Partizipation gelernt!

### III. Aktiv für die Region

Es ist mir ein wichtiges Anliegen, Sie als Bürgerinnen und Bürger in meinem Wahlkreis aus erster Hand über die Geschehnisse und Entscheidungen in Berlin und deren Auswirkungen auf unsere Region zu informieren. Besonders wichtig sind mir **öffentliche Veranstaltungen** zu aktuellen und kontroversen politischen Themen. Bereits bis 2008 hatte ich 45 Veranstaltungen mit vielen inhaltlich verschiedenen Schwerpunkten und namhaften Referenten aus der ganzen Republik durchgeführt. Diesen Weg habe ich konsequent fortgesetzt und **2009/2010 erneut zu mehr als 20 Veranstaltungen zu „brennenden“ Themen** eingeladen, die stets auf ein großes Interesse von Bürgerinnen und Bürgern sowie den Medien gestoßen sind. Auch die persönlichen Gespräche in Ämtern und Gemeinden liegen mir sehr am Herzen.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt der vergangenen Monate war – gerade auch seitdem ich im Haushaltsausschuss diese Zuständigkeit übernommen habe – der Bereich Arbeit und Soziales. In vielen direkten Gesprächen mit Mitarbeitern der Argen habe ich über die arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen der schwarz-gelben Sparpolitik sowie über die Konsequenzen der JobCenter-Reform informiert. So besuchte ich bspw. am **12. Februar 2010** gemeinsam mit **Jürgen Goecke**, dem Regionaldirektor der Bundesagentur für Arbeit (Nord) sowie **Wolfgang Werner** von der BA Lübeck das **Ameos-Institut Neustadt** und die **Arge Ostholstein** in Eutin, um über die damals drohende Zerschlagung und damit das Ende der erfolgreichen Zusammenarbeit von Kommunen und BA in der Vermittlungsarbeit zu sprechen. Schon am **8. Januar 2009** ging es um die Zukunft der Argen – damals mit dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, **Klaus Brandner** (SPD), mit dem ich im Anschluss zur **2. Betriebs- und Personalrätekonferenz** unter dem Titel **„Perspektiven für gute Arbeit. Gegen Leiharbeit – für Mindestlöhne!“** in meinem Wahlkreis einlud. Trotz eines Rückgangs der Arbeitslosigkeit hat sich die Struktur der Beschäftigungsverhältnisse in den letzten Jahren qualitativ verschlechtert – auch in unserer Region. Bundesweit hat sich die Zahl der



*Mit Klaus Brandner bei der 2. Betriebs- und Personalrätekonferenz am 08.01.2009 in Lensahn.*

Leiharbeiter innerhalb von nur fünf Jahren verdoppelt! Während sie in einigen Branchen als sinnvolles Instrument zur Abdeckung von Auftragsspitzen und Einstieg in reguläre Arbeitsverhältnisse bewährt war, ist sie zunehmend als Mittel für Tarifflicht und Lohndumping in Verruf geraten. Nicht nur die Metall- und Elektroindustrie sind massiv betroffen - auch im Dienstleistungs- und dem für Ostholstein so wichtigen Gesundheitsbereich nimmt Beschäftigung zu, die nicht die eigene Existenz sichern kann. Schlagzeilen von



*Am 09.08.09 in Kellenhusen mit dem damaligen Bundesarbeitsminister und heutigen 1. Bürgermeister Hamburgs Olaf Scholz.*

Klinikbetreibern, die Arbeit in betriebseigene Servicegesellschaften auslagern und langjährige Mitarbeiter bei gleichem Job, nur deutlich schlechter bezahlt und sozial abgesichert weiterbeschäftigen, prägen den Alltag. Solche Praktiken ziehen ganze Branchen herunter in Richtung Dumpinglöhne und gefährden neben der eigenen Existenz den Zusammenhalt der Beschäftigten. Daher ist es nötig, dort einschreiten, wo Leiharbeit missbräuchlich genutzt wird – durch die Einführung eines Mindestlohns, die

Aufnahme der Leiharbeitsbranche in das Arbeitnehmerentendegesetz und durch den Grundsatz **"gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit"**!

Auch mit unserem damaligen Arbeitsminister **Olaf Scholz** – der gerade am 20.2. einen grandiosen Sieg mit absoluter Mehrheit bei der vorgezogenen Bürgerschaftswahl in Hamburg davon getragen hat: Herzlichen Glückwunsch, Olaf! – ging es am **9. August 2009** in **Kellenhusen** um das Thema „Gute Arbeit“. Gemeinsam mit Ralf Stegner plädierten wir in einer hervorragend besuchten öffentlichen Talkrunde auf dem Seebrückenvorplatz **„Für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne im Norden“** und hatten dazu den **Nachwuchs aus Personal- und Betriebsräten** zur Diskussion eingeladen.

Übrigens bin ich nicht nur im Wahlkreis im engen Kontakt mit Betriebs- und Personalräten. Zur alljährlichen **Betriebs- und Personalrätekonferenz der SPD-Bundestagsfraktion** lade ich jedesmal auch Aktive aus meinem Wahlkreis nach Berlin, wo sie mit hochrangigen SPD-Vertretern diskutieren und sich untereinander vernetzen können – immerhin nutzen jedes Jahr gut 400 Betriebs- und



*Betriebsrätekonferenz am 01.12.2010 in Berlin, mit Joachim Luplow (Westküstenklinikum Heide), Siegmund Neumann (Scandlines/Fehmarn), Wolfgang Mädel (Landesvorsitzender der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen AfA Schleswig-Holstein) und Rüdiger Maas (stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, Bundespolizeiakademie Lübeck) (v.l.n.r.).*

Personalräte aus dem gesamten Bundesgebiet diese Chance für einen Besuch im Bundestag! Am **22. April 2009** stand die 12. Konferenz unter dem Motto „**Schutzschirm für Beschäftigung**“, Stefan Maier von der Firma Engelsolutions aus Bad Schwartau und Jörg Scheeler von der Ameos-Gruppe Neustadt waren mit dabei. Die nunmehr 13. Konferenz fand am **1. Dezember 2010** unter der Überschrift „**Für Vollbeschäftigung kämpfen – Für sichere und gesunde Arbeit**“ statt. Neben Siegmund Neumann vom Betriebsrat Scandlines/Fehmarn war diesmal mit Joachim Luplow vom Westküstenklinikum in Heide auch jemand aus meinem Betreuungswahlkreis Dithmarschen mit dabei.

Eine besondere Gelegenheit zur Vernetzung speziell von „Powerfrauen“ bietet der **Ladies' Day** in Berlin. 2003 von mir und meiner Bundestagskollegin Petra Merkel gegründet, bietet diese seitdem jedes Jahr von der SPD initiierte Veranstaltung Frauen aus Führungspositionen in Wirtschaft, Medien und Verbänden sowie Selbstständigen die Möglichkeit, Kontakte zwischen Politik und Wirtschaft zu stärken, um gemeinsame Projekte voranzubringen. Zum **8. Ladies' Day** am **11. Juni 2010** kamen auf Einladung von 18 SPD-Bundestagsabgeordneten etwa 50 Unternehmerinnen und weibliche Führungskräfte aus verschiedensten Wahlkreisen quer durch die Bundesrepublik zum „Networking“ in den



*Ladies Day am 11.06.10: Frauke Redderberg (Biomasse Energie Versorgung Luschendorf), Bettina Hagedorn mit Dr. Frank-Walter Steinmeier, Annelies Wiesner (Christliches Jugenddorfwerk Deutschland, Eutin-Hamburg), sowie Heike Köpke aus Ratzeburg (die im Namen von Gabriele Hiller- Ohm eingeladen wurde).*

Reichstag. Ich selbst konnte Frauke Redderberg (Biomasse Energie Versorgung Luschendorf) und Annelies Wiesner (Christliches Jugenddorfwerk Eutin-Hamburg) hier begrüßen. Zum **7. Ladies' Day** am **27. März 2009** kamen Inka Kattner (Geschäftsführerin eines mobilen Services für Büroarbeiten), Kerstin Ahrens („Schaufenster“ Plön) und Brigitte Arms (Journalistin beim Ostsee-Verlag) für ein abwechslungsreiches Programm nach Berlin.

Die größte **Finanz- und Wirtschaftskrise** seit Bestehen der Bundesrepublik hat auch bei uns im Norden viele Menschen verunsichert. Und auch wenn Deutschland als Ergebnis des erfolgreichen Krisenmanagements noch unter Schwarz-Rot jetzt wieder einen Aufschwung erlebt – die derzeitige Euro-Krise, Milliardengarantien für Griechenland und Irland, Portugal „an der Kante“, steigende Arbeitslosigkeit in weiten Teilen Europas, hohe Staatsausgaben für die Bankenrettung und zur Stützung der Wirtschaft – all diese Fakten zeigen: wir sind noch nicht „über den Berg“. Viele Menschen haben mehr Fragen als Antworten: Hält der

Euro dieser Belastungsprobe stand? Aus diesem Anlass habe ich erst jüngst unseren ehemaligen Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück** nach Ostholstein eingeladen. Als starker „Krisenmanager“ war es Peer Steinbrück, der dafür sorgte, dass die Krise beherrschbar blieb und Deutschland nicht in eine schwere Depression abgestürzt ist: zwei Konjunkturpakete und das Erfolgsmodell „Kurzarbeitergeld“ haben Kommunen und Wirtschaft geholfen und hunderttausende Arbeitsplätze gerettet. Staatsgarantien haben dafür gesorgt, dass Spareinlagen für Millionen Sparer sicher blieben und das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates erhalten blieb. Einen kompetenteren Gesprächspartner wird man schwerlich finden – so sahen es offenbar auch die



*Mit Peer Steinbrück am 02.02.11 in Grömitz.*

Ostholsteiner, denn gut 500 Gäste konnte ich zu den beiden Veranstaltungen mit Peer am **2. Februar 2011** begrüßen: er referierte am Nachmittag in den **Eutiner Schlossterrassen auf Einladung des Vorstandes der Sparkasse Ostholstein** über die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die Stabilisierung des Euros und aktuelle Fragen zum europäischen Rettungspaket und diskutierte am Abend mit einem breiten Publikum zum Thema **„Ist der Euro in Gefahr? - Chancen für ein stabiles Europa nutzen!“** in der **Strandhalle Grömitz**.



*Besuch des Bürgermeisters Thomas Keller im Rathaus von Ratekau am 12.03.09.*

Die Krise hat auch unsere Städte und Gemeinden hart getroffen. Als stellvertretende Sprecherin der SPD-Arbeitsgruppe Kommunalpolitik habe ich mich erfolgreich für die **Unterstützung der Kommunen im Rahmen der Konjunkturpakete** stark gemacht und von Anfang Februar bis Mitte Mai 2009 **19 Rathausbesuche in ganz Ostholstein und Nordstormarn** absolviert, um die Bürgermeister und Kommunalpolitiker über die für ihre Städte, Ämter und Gemeinden wichtigen

Ansatzpunkte dieses milliardenschweren kommunalen Konjunkturprogramms zu informieren. Im Mittelpunkt stand insbesondere das vom Haushaltsausschuss am 11. Februar 2009 beschlossene **Konjunkturpaket II** im Umfang von **10 Mrd. Euro für Kommunen** mit dem Ziel des Erhalts von Arbeitsplätzen insbesondere für Handwerk und Mittelstand in der Region. Die zwei Investitionsschwerpunkte für die Bildungsinfrastruktur (65%) und für allgemeine Infrastruktur (35%) - für Schleswig- Holstein jeweils knapp 210 und 113 Mio. Euro

- waren so ausgerichtet, dass zugleich deutliche Impulse für Klimaschutz und Energieeffizienz gesetzt werden konnten. Allerdings ist Schleswig-Holstein bei der Umsetzung der Investitionen für Kommunen aus dem Konjunkturpaket leider wieder einmal bundesweit eines der Schlusslichter und liegt laut jüngstem Bericht an den Haushaltsausschuss beim Abruf der Bundesmittel an zweitletzter bzw. drittletzter Stelle aller Bundesländer. Diese Verschleppung des Konjunkturpakets II zu Lasten von Kreisen, Städten und Gemeinden, zu Lasten von Schulen, Kindergärten, Krippen und öffentlicher Infrastruktur und vor allem zu Lasten von regionalem Handwerk und Mittelstand setzt die Zielsetzung des Haushaltsausschusses aufs Spiel, die Konjunktur zügig zu stabilisieren und unverzüglich die Auftragsbücher in Handwerk und Mittelstand durch öffentliche Aufträge zu füllen, um viele Arbeitsplätze zu retten.

Auch beim Abruf der Mittel für das Sondervermögen „**Kinderbetreuungsfinanzierung**“ ist Schleswig-Holstein eines der traurigen Schlusslichter. Beim Anteil der abgerufenen Mittel für



01.09.09: im Waldorf Kindergarten in Oldenburg.

2008-2010 lag das Land Anfang Dezember 2010 bei gerade einmal 55% - und damit an drittletzter Stelle aller Bundesländer! Ganz offenbar hat die **Betreuung von Unter-Dreijährigen** bei Schwarz-Gelb keinerlei Priorität. Der noch von der SPD durchgesetzte rechtliche Anspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab 1 Jahr ab 2013 droht zu scheitern, da Schwarz-Gelb mit seinen steuerlichen „Klientelgeschenken“ u.a. aus dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz die Finanz-

probleme der Kommunen derart verschärft, dass auch der Krippenplatzausbau stark gefährdet ist. Wenn Ministerin Schröder ihrer Verantwortung gerecht werden würde, müsste sie sich vom Betreuungsgeld – das nichts weiter als eine verschleierte „Herdprämie“ ist - verabschieden und diese Mittel endlich in einen nachhaltigen **Ausbau der Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur** stecken! Ich setze mich bereits seit Jahren für den konsequenten Ausbau aller Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche im Ganztagsbetrieb ein: vom ersten Lebensjahr bis zum Jugendalter. Und ich kämpfe für das Ziel, dass vom Kindergarten bis zum freiwilligen Nachmittagsangebot an Schulen grundsätzlich alle Bildungsangebote für unsere Kinder kostenfrei für die Eltern sein müssen. Nur so können wir unseren Kindern die größtmöglichen Entwicklungschancen und Gestaltungsmöglichkeiten bieten, damit sie sich frei entfalten und unbeschwert die Herausforderungen, die das Lernen und der Schulbetrieb mit sich bringen, meistern können. Damit sie diesen Herausforderungen auch mit der richtigen „Portion Energie“ begegnen

können, verteile ich bereits seit Sommer 2004 in jedem Jahr gemeinsam mit den SPD-Ortsvereinen Brotdosen vor Schulen und Kindergärten. Mehr als **3.400 Brotdosen** – gefüllt mit Elterninfos und einem gesunden Frühstück – konnten wir bislang übergeben, allein 2009 und 2010 waren es mehr als 1.400. Im August 2009 verteilte ich allein zu der Aktion „**1, 2, 3 - beitragsfrei**“ vom **SPD-Landesverband Schleswig-Holstein** 500 Brotdosen im Kindergarten Kinderinsel in Eutin, in den Kindergärten im Langen Acker, AWO-Kindergarten Kunterbunt und im St. Katharin Kindergarten in Lensahn, sowie im ev. Kindergarten und im Kindergarten Pustebume in Ahrensböck. Gemeinsam mit der SPD Ratekau habe ich auch in den beiden letzten Jahren wieder die traditionelle Brotdosenaktion an der César-Klein-Schule in Ratekau durchgeführt.



*Mit Gesa Tralau bei der Kommunalpolitischen Konferenz am 28.01.2009 in Berlin.*

Nicht nur beim Krippen- und Kita-Ausbau lässt Schwarz-Gelb die **Kommunen** finanziell im Stich – in diese Kategorie fällt übrigens auch die jüngst von Schwarz-Gelb in Kiel beschlossene Abschaffung des beitragsfreien Kita-Jahrs, das die CDU im Land gerade erst 2009 gemeinsam mit der SPD eingeführt hatte. Schwarz-Gelb im Bund hat rundweg alle – solide gegenfinanzierten - Anträge der SPD auf Entlastung angesichts hoher Sozialabgaben der Kommunen abgelehnt, und auch die Zukunft der Gewerbesteuer ist weiter

unklar. Mit dem „**Rettungsschirm für die Kommunen**“ vom Februar 2010 hatte die SPD für 2010 eine Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Leistungen für **Unterkunft und Heizung** um 400 Mio. Euro beantragt, auch für 2011 sollte dieser Betrag fortgeführt werden, um die Kommunen zu entlasten. Schwarz-Gelb hat lediglich für 2011 eine Anhebung um gerade mal 200 Mio. Euro beschlossen – angesichts der klammen Finanzlage vollkommen unzureichend. Auch bei der **Städtebauförderung** werden die Städte und Kommunen allein gelassen. Statt über 600 Mio. € pro Jahr unter SPD-Verantwortung hat Schwarz-Gelb die Förderung für 2011 auf 455 Mio. Euro gestutzt. Vor allem erfolgreiche, sozialintegrative Programme wie die „Soziale Stadt“, die von 95 auf gut 28 Mio. Euro gekürzt wird, haben darunter zu leiden – und damit die Kommunen, denen nun enorme Mittel und Planungssicherheit zur Verbesserung der Lebenssituation in sozialen ‚Brennpunkten‘ fehlen.

„Dauerbrenner“ für mich als Ostholsteinerin – aber auch als Haushälterin im Bundestag – ist seit Beginn meiner Arbeit in Berlin das Thema **Feste Beltquerung und ihre Hinterlandanbindung**. Aus der Brücke wurde ein Tunnel – übrigens mit derzeit mehr als fraglichen Kostenangaben! -, aus dem (geplanten) Eröffnungstermin 2018 mindestens

2020/2021, aus 300 Mio. Euro erforderlichen Steuergeldern in den nächsten Jahren mindestens die doppelte Summe, während die EU-Zuschüsse für Dänemark wegbrachen und deren Planungskosten explodierten. Der Bundesrechnungshof behält das Projekt Dank des von mir initiierten Beschlusses des Berliner Rechnungsprüfungsausschusses auch künftig „im Blick“ und wird die nächsten 5 Jahren kontinuierlich ein „Kostencontrolling“ anstrengen und öffentlich bewerten – das ist quasi das, was bei „Stuttgart 21“ eben gerade NICHT passiert ist und was den Beltquerungskritikern helfen wird,



25.11.10: Gemeinsam mit Peter Ninnemann bei einer Demonstration der Mitglieder des Aktionsbündnisses gegen eine feste Fehmarnbeltquerung vor der dänischen Botschaft in Berlin.

fortwährend neue „Munition“ für ihr Engagement – auch später vor Gericht – zu erhalten. Die Bürgerinitiativen formierten sich 2010 mit großem Sachverstand gut vernetzt quer durch Ostholstein und finden inzwischen in seriösen Zeitungen, Funk und Fernsehen zunehmend Gehör... nur die Befürworter behaupteten trotzdem: der „Ausstiegsartikel“ im Staatsvertrag sei angeblich ohne Belang. Aber das ist falsch – wir sind noch lange nicht „am Ende der Fahnenstange“, und „Stuttgart 21“ hätte die politischen Betonköpfe 2010 eines besseren belehren können. Dass wir für Ostholstein gemeinsam mit allen kritisch gesonnenen Verbänden und Kommunen ein Raumordnungsverfahren für die Hinterlandanbindung erreicht haben, ist ein großer Erfolg, der die Planer nicht nur zwei Jahre Zeit kostet, sondern



DB-Konzernbevollmächtigte Ute Plambeck beim Ortstermin am 29.03.2010 in Großenbrode.

vor allem den Menschen der Region helfen wird, ihre berechtigten Interessen durchzusetzen. Zu diesem Zweck hatte ich am **29. März 2010** die **Konzernbevollmächtigte der Deutschen Bahn, Ute Plambeck**, nach **Großenbrode** eingeladen, um dort mögliche Trassenalternativen im Sinne der Bevölkerung zu besprechen. Bereits im Jahr zuvor, am **20. Mai 2009**, habe ich gemeinsam mit der SPD-Landtagsabgeordneten **Sandra Redmann** im **Scharbeutzer Schüttenhus** zu den Zahlen und Fakten der **Hinterlandanbindung** vorgetragen. Auch am **23.**

**September 2009** ging es unter der Überschrift „**Die Zukunft Fehmarns – Im Schatten der festen Querung**“ gemeinsam mit dem damaligen SPD-Landtagskandidaten **Lars Winter** im IFA-Ferienzentrum um die Konsequenzen dieses „Mammutprojekts“ für unsere Region. Etwa ein Jahr später, am **2. September 2010**, war ich zu den „**Folgen und Kosten einer festen Fehmarnbeltquerung**“ zu Gast bei meiner Bundestagskollegin **Gabriele Hiller-Ohm** in

Lübeck. Aber auch die Bürgerinitiativen luden mich zu Podiumsdiskussionen ein - wie am **16. September 2009** vor dem **Rathaus in Bad Schwartau** oder zu „Auswirkungen der Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung und den in diesem Zusammenhang prognostizierten 150 Güterzügen täglich“ am **1. Juni 2010 mit über 200 Gästen in der Krummlandhalle in Bad Schwartau** sowie mehrfach zu **Veranstaltungen nach Timmendorfer Strand**, wo unsere örtliche SPD mit Peter Ninnemann ein Aktivposten zu diesem Thema ist. Eine Aktualisierung meines beliebten **Informationspapiers „Die feste Fehmarnbeltquerung und ihre Hinterlandanbindung – ein kritischer Blick auf Daten und Fakten“** (über 3000 Exemplare sind bereits verteilt!) ist übrigens derzeit in Arbeit und kann demnächst über mein Wahlkreisbüro in Papierform bezogen und gern wieder verteilt werden (auch von der Homepage herunterzuladen).

Die Themen **Klimaschutz und Klimawandel** haben in den letzten Jahren stark an Brisanz gewonnen. Auf entsprechend großes Interesse ist meine Diskussionsveranstaltung mit dem leider im Oktober 2010 überraschend verstorbenen **Dr. Hermann Scheer**, MdB und Träger des alternativen Nobelpreises, am **25. August 2009** im Oldenburger Schützenhof gestoßen. Unter dem Titel **„Energie ohne Angst“** hielt Scheer vor über 100 Interessierten ein mitreißendes Plädoyer für dezentrale, regenerative Energien und mehr Energieeffizienz.



*Hermann Scheer begeisterte am 25.08.2009 das Oldenburger Publikum mit einem eindrucksvollen Referat.*

Nur wenig später fanden meine Vorführungen des Films **„Unsere Erde“**, einer spektakulären Naturdokumentation über das Wunder des Lebens und die atemberaubende Schönheit unseres Planeten, in etlichen Kinos in Ostholstein ein breites Publikum. Auftakt war am **30. August 2009** in der Kalkbergarena Segeberg mit einer Open-Air-Veranstaltung auf Initiative des dortigen Naturschutzverbandes, wofür ich Busse „gechartert“ hatte. Weiter ging es am **13. September in Burg** und am **20. und 27. September 2009 in Scharbeutz und Eutin**. Die SPD Schleswig-Holstein ist seit über 20 Jahren bei den Themen Umweltschutz, zukunftsweisende Energiepolitik und Ausstieg aus der Atomkraft in unserer Partei bundesweit Vorreiter. Um so größer war die Erschütterung und Empörung, als die Bundesregierung im **Oktober 2010** ohne Not den von Rot/Grün ausgehandelten **Atomkonsens zum Ausstieg** aufkündigte. Sie hat die Laufzeiten für Atomkraftwerke um acht bzw. 14 Jahre verlängert und degradierte sich damit zum Erfüllungsgehilfen der Energiemonopolisten. Das war eine Hofierung der vier großen Energiemultis, die damit die Lizenz zum Gelddrucken erhalten haben. Die Atom-Lobby will vergessen machen, dass sie schon heute einen Reingewinn von 1 Mio. Euro pro AKW und

Tag hat! Ob schleichende Vergiftung des Grundwassers im Atomzwischenlager Asse oder die erhöhte Zahl von Leukämie-erkrankten Kindern in der Elbmarsch – es gibt unzählige Gründe für den endgültigen Ausstieg aus der Kernkraft. Die nun getroffene Entscheidung aber riskiert unser aller Gesundheit und Leben, missachtet den Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung und vernichtet Arbeitsplätze bei den erneuerbaren Energien! Unser Ziel bleibt – spätestens 2021 muss der letzte Meiler vom Netz, alles andere ist angesichts ständiger Abschaltungen, Störfälle und der ungeklärten Endlagerfrage absolut



*Mit Mitgliedern des OV Kasseedorf bei der Menschenkette gegen Atomkraft am 24.04.10.*

verantwortungslos! Ich unterstütze die Protestwelle dagegen aktiv: mit der SPD-Ostholstein zusammen charterten wir Busse und nahmen am **24. April 2010** mit ca. 120.000 Menschen unter dem Motto **"KETTENreAKTION: Atomkraft abschalten!"** in einer **120 km langen Menschenkette zwischen den Skandal-Reaktoren Brunsbüttel und Krümmel** an der Großdemo teil. Ich bleibe eine große Förderin der **„Erneuerbaren Energien“**: In

Schleswig-Holstein erzeugen mittlerweile über 2.500 Windkraftanlagen mit ca. 2.700 Megawatt fast 40 Prozent des gesamten Stromverbrauchs – gut 300 der Anlagen befinden sich in Ostholstein. Doch während nicht nur Windmüller, auch Betreiber von Photovoltaik- und Biogasanlagen kräftig in die zukunftsfähigen Erneuerbaren Energien investieren, stellen sich die großen Energieunternehmen bei der Einspeisung des Öko-Stroms weiterhin quer. Im Oktober 2010 habe ich im Haushaltsausschuss von Minister Brüderle einen Sachstandsbericht zum Netzausbau gefordert, konkret: zu den Erfolgen eines „Energiegipfels“ im Kanzleramt 2006, bei welchem die Energiemultis Investitionen von zusätzlich über 30 Mrd. Euro bis 2012 in die Netze und Kraftwerke zugesagt hatten. Die „entlarvende“ Antwort: Der im Rahmen der „dena-Netzstudie I“ 2005 identifizierte Neubaubedarf in Höchstspannungsleitungen von 850 km bis 2015 ist bis heute gerade mal im Umfang von knapp 100 km verwirklicht, und „Schuld“ daran sind aus Sicht der Regierung vor allem Bürgerinitiativen, die sich gegen den Netzausbau als Freileitung wehren – Welch eine Verdrehung der Tatsachen! Bei der **Erdverkabelung** sieht es nicht besser aus. In Ostholstein betrifft dies v.a. die 55 km lange Leitung **Göhl-Lübeck**. Diese soll seit 2002 ausgebaut werden und eigentlich - gemäß parteiübergreifendem Kreistagsbeschluss - als Erdkabel auf 110-kV-Ebene statt als Freileitung verlegt werden: doch im Juli 2010 machte die CDU auf Kreisebene auf einmal eine „Rückwärtsrolle“, rückte vom bestehenden Konsens ab und fordert jetzt stattdessen den Ausbau als überirdische 380-kV-Leitung – ganz im Sinne des großen Energieversorgers E.On. E.On ist der Engpass seit über 10 Jahren bekannt – seitdem ist „Verzögern – Vertagen“ ihre Devise! Ganz offensichtlich verschleppt E.On den

Netzausbau mit dem Ziel, die Konkurrenz aus Windkraft, Solar und Biomasse klein zu halten und weiter die Rendite der Atomkraftwerke abzuschöpfen. E.On hat schlicht kein Interesse daran, die Netze vor allem dort auszubauen, wo dieser Netzausbau der Abnahme von regenerativen Energien dient! Mit einer Entscheidung für eine 380-kV-Trasse – für die dann nicht mehr E.On als Betreiber zuständig wäre, sondern Tennet – soll der Ausbau weiter hinausgezögert werden, denn während der Planungshorizont selbst bei Freileitungen für 110 kV bei „lediglich“ 6-8 Jahren liegt (bei Erdkabel schafft man das in 2 Jahren!), müssen für 380 kV mindestens 10 - eher 15 - Jahre bis zur Fertigstellung eingeplant werden. Wie jüngst bekannt wurde, soll nun ein 380-kV-„Dreieck“ zwischen Hamburg-Lübeck-Kiel-Rendsburg entstehen; Göhl-Lübeck ist NICHT als 380-kV-Trasse vorzusehen. Der Ausbau als 110-kV-Trasse bleibt dringend nötig, denn Göhl-Lübeck ist als Zuleitungstrasse für dieses Dreieck absolut unersetzlich!

Auch die **unterirdische Speicherung von Kohlendioxid** bleibt Dauerthema – und Dauerärgernis – für die Bürger in Schleswig-Holstein. Darüber informierte ich u.a. am **22. Juli 2009** in einer Diskussionsveranstaltung im Ostseeferienpark Heiligenhafen unter dem Titel **„CCS – Eine Technologie mit unabsehbaren Folgen für Ostholstein“**. Klar ist – wir brauchen 2011 zur Umsetzung von EU-Recht ein Gesetz, woraus sich allerdings eine Pflicht, die CO<sub>2</sub>-



*Am 22.07.09 bei einer CCS-Veranstaltung in Heiligenhafen.*

Endlagerung im Erdboden gesetzlich zuzulassen, wohlgermerkt NICHT ergibt. Die SPD in Schleswig-Holstein fordert eine Länderklausel, die die Entscheidung über eine Speicherung den betroffenen Bundesländern überlässt. Vollmundig hatte Umweltminister Röttgen noch im Frühjahr 2010 versprochen, dass sein Gesetzentwurf KEINE CO<sub>2</sub>-Einlagerung GEGEN den Willen des betroffenen Landes ermöglichen werde. Doch im Entwurf vom September 2010 fehlte auf einmal das Veto-Recht der Länder! Was für eine unverantwortliche Täuschung der Bürger! Schwarz-Gelb will die Verantwortung für die Sicherheit eines CO<sub>2</sub>-Speichers spätestens 30 Jahre nach Stilllegung auf den Staat übertragen – wenigstens 100 Jahre wären angesichts unklarer Risiken angemessen und würden dem **Verursacherprinzip** einigermaßen gerecht werden! Eine Verteilung wie bei der Atomkraft, bei der die Unternehmen die Gewinne einstreichen und dem Staat die Kosten überlassen, darf es nicht geben – eine Subventionierung der CCS-Technologie zu Lasten des Steuerzahlers für die Haftungsrisiken der CO<sub>2</sub>-Speicher lehne ich ab! Wir werden alles versuchen, um die Bürger vor den Risiken der CCS-Speicherung zu bewahren, für die 2008 der CDU-Minister

Austermann zusammen mit RWE in Schleswig-Holstein den Weg ebnete. Zumindest ein **glasklares Vetorecht der Länder** muss im CCS-Gesetz verankert sein.



*Gast bei der Bundespolizei/Küste in Neustadt mit BPol-Präs. Franklin an Bord der „Rettin“, Juni 2009.*

Auch wenn ich seit der Bundestagswahl 2009 nicht mehr für den Haushalt des Innenministeriums – und damit auch für die Bundespolizei – zuständig bin, ist mir der Erhalt und die Stärkung der Standorte in Schleswig-Holstein weiter eine „Herzensangelegenheit“. So stehe ich auch weiterhin im engen – und vor allem kritischen – Dialog mit dem Innenministerium beim Ausbau des **Maritimen Schulungs- und Trainingszentrums (MaST) in**

**Neustadt.** Im Haushaltsausschuss hatte ich dafür gesorgt, dass es zum Oktober 2008 eine neue „Konzeption MaST“ gab und im gleichen Jahr ein „Startkapital“ von 800.000 Euro für Lehrausstattung und vier neue Fachlehrer für mehr Qualität und neue Schulungslehrgänge bewilligt wurde. Die bislang 13 Mitarbeiter sollten bis Ende 2009 um 24 neuen Stellen auf eine Belegschaft von 37 aufgestockt werden - darunter Lehrkräfte in den Bereichen Nautik, Technik und maritimes Polizeitraining. Doch seit die SPD in Berlin nicht mehr mitregiert, ist das Interesse des Bundesinnenministeriums am MaST leider spürbar erlahmt - dabei ist der Ruf des Maritimen Schulungs- und Trainingszentrums sogar international hervorragend! Auf meine Initiative wurde am Bundespolizeistandort Neustadt seit 2008 insgesamt 5,7 Mio. Euro für Sachmittel und Baumaßnahmen investiert, die nun auch mit ausreichend qualifiziertem Personal einen aufwachsenden Betrieb mit immer mehr anspruchsvollen Kursen bereichern sollen. Bis heute sind von den 37 geschaffenen Dienstposten in Neustadt nicht einmal die Hälfte besetzt - weil angeblich keine geeigneten Bewerber zu finden sind. Ich bleibe am Ball – immerhin freue ich mich auf die Einweihung des frisch sanierten Unterbringungsgebäudes, für das ich 2008/09 2 Mio. Euro im Bundeshaushalt „loseisen“ konnte.



Am 27. Oktober 2010 flatterte im Haushaltsausschuss als „Tischvorlage“ von CDU/CSU/FDP mitten in den Haushaltsberatungen des Verkehrsministeriums ein für 13.000 Beschäftigte der **Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV)** folgenschwerer Beschlussvorschlag auf den Tisch, der die radikale **Umstrukturierung und Reduzierung** auf eine (wörtlich) „Gewährleistungsverwaltung“ zum Ziel hat - de facto soll die WSV zerschlagen, ihre

Aufgaben **künftig zu 80 Prozent von privaten Firmen** erledigt werden: betroffen sind sämtliche Ingenieursleistungen, der Stahl- und Wasserbau, die Unterhaltung von Wasserfahrzeugen. Pikanterweise bezieht sich Schwarz-Gelb mit diesem Beschluss ausdrücklich auf einen Bericht vom 26. Juli 2001, dessen Umsetzung wir Sozialdemokraten seitdem wegen Praxisuntauglichkeit erfolgreich verhindern konnten: 2004 hatte eine vom SPD-Verkehrsminister eingesetzte Arbeitsgruppe abschließend festgestellt, dass ein Zentralamt ohne Außenstellen ein Irrweg sei. Doch jetzt die Kehrtwende: Der auf ihre „Kernaufgaben“ konzentrierten WSV **droht ein massiver Personalabbau** bei den wichtigen Aufgaben der Daseinsvorsorge für unsere Küsten und Wasserstraßen im Norden – der Beschluss, der nicht nur mit den Stimmen von Schwarz-Gelb, sondern auch mit Unterstützung der Linken und Grünen gefasst wurde, sorgt für einen sofortigen Wiederbesetzungs- und Beförderungsstopp. Nur die SPD war und ist GEGEN diesen beabsichtigten Kahlschlag – denn in den letzten 15 Jahren ist die WSV – seit 1998 unter SPD-Federführung behutsam und im engen Dialog mit Beschäftigtenvertretern und Gewerkschaften - modernisiert worden. Erfolgreich wurde eine umfangreiche Organisationsreform durchgeführt, durch Aufgabenbündelung ein sozialverträglicher Personalabbau um rund ein Viertel der Mitarbeiter - rund 4.700 Arbeitsplätze seit 1993 – erreicht. Die WSV wurde „verschlankt“ – doch Schwarz-Gelb lässt sie jetzt ausbluten. Der Kahlschlag trifft auch die maritime Infrastruktur – **Schleusenbauten am Nordostsee-Kanal sind genauso auf den St.-Nimmerleinstag verschoben wie z.B. der Elbe-Lübeck-Kanal.**



*Diskussionsveranstaltung mit Ulla Schmidt am 30.08.10 in Oldenburg.*

Am **30. August 2010** habe ich mit unserer ehemaligen Gesundheitsministerin **Ulla Schmidt** unter dem Motto „**Wird Gesundheit zum Luxus? Wird Krankheit Privatsache?**“ in Oldenburg eine öffentliche Diskussionsveranstaltung gemacht, die auf ein enormes Interesse unter den Bürgern getroffen ist. Ganz offenbar brennt dieses Thema allen unter den Nägeln – die Furcht vor dem schwarz-gelben Abschied aus einer solidarischen Kranken- und Pflegeversicherung ist topaktuell. Schwarz-Gelb hat sich aus der solidarischen Krankenversicherung verabschiedet und mit Philipp Rösler einen Gesundheitsminister im Kabinett, der Klientelpolitik für Privatversicherer und die Pharmaindustrie macht. Er hatte versprochen, die Macht von Arzneimittelherstellern einzudämmen und Privatkassen nicht länger zu übervorteilen – doch letztlich erhält genau diese Klientel Milliardengeschenke, die Zeche werden die gesetzliche Krankenversicherung und Millionen Versicherte über unbegrenzte Zusatzprämien zahlen. Der Beitragssatz ist seit Anfang 2011 auf 15,5%

angestiegen, der Arbeitgeberbeitrag wurde eingefroren. Das ist keine Gesundheitsreform, sondern der Einstieg in die Kopfpauschale! Die Leidtragenden: all jene, die auf eine solidarische Versicherung angewiesen sind. Unsere Forderung bleibt die **Bürgerversicherung**, mit der alle Versicherten – ohne Bevorzugung – alle notwendigen Leistungen erhalten und alle Einkommensarten in die Beitragsberechnung einbezogen werden. Beim Besuch von **Ulla Schmidt** ging es am selben Tag an einem „**Runden Tisch**“ im Sport- und Bildungszentrum des Landessportverbandes in Bad Malente auch um die Zukunft der **Mutter-/Vater-Kind-Kuren**, die am Gesundheitsstandort Ostholstein und ganz Schleswig-Holstein ein wichtiger Standortfaktor sind. Bereits bei meinem Besuch mit der damaligen stellvertretenden Parteivorsitzenden **Andrea Nahles** am **16. August 2009**



*16.08.09: Gemeinsam mit der SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles (damals Sprecherin der AG Arbeit und Soziales), besuchte ich die Rehabilitationsklinik für Mutter und Kind in Grömitz.*

in der Ostseeklinik Grömitz, einer anerkannten Rehabilitationsklinik für Mütter und ihre Kinder, ging es um die erheblichen Auslastungsschwierigkeiten der Kliniken bis hin zur aktuellen Existenznot etlicher Häuser: sinkende Bewilligungen gemeinsamer Kuren durch die Kassen gefährden seit 2009 nicht nur die Gesundheit der Betroffenen, sondern auch die Existenz zahlreicher Arbeitsplätze in den Kliniken. Das Gesundheitsministerium sah keinen dringenden Handlungsbedarf, so dass Ende Oktober 2010 der Haushaltsausschuss auf meine Initiative hin einen offiziellen Prüfauftrag zur Bewilligungspraxis an den Bundesrechnungshof gerichtet hat. Ich bleibe weiter „am Ball“ und werde dieses Thema sicher auch **bei Ulla Schmidts nächstem, bereits zugesagten Besuch – diesmal an der Westküste – Mitte Mai 2011** zur Sprache bringen.



*05.11.10: Gemeinsam mit Konteradmiral Jens-Volker Kronisch, Hans-Peter Bartels, Ernst Dieter Rossmann, Franz Thönnies und Oberstleutnant Matthias Henkelmann (v.l.n.r.) in der Rettbergkaserne in Eutin.*

Am **5. November 2010** trafen sich die sechs schleswig-holsteinischen SPD- Bundestags-abgeordneten in der **Rettberg-Kaserne Eutin** zu ihrer jährlichen **Klausurtagung**. Bei dem Treffen und einem anschließenden Pressegespräch ging es schwerpunktmäßig um die **Zukunft der Bundeswehrstandorte** in Schleswig-Holstein und Ostholstein – mit der Wahl der Rettberg-Kaserne als Gesprächsort wollten wir auch ein Zeichen für den Standort

Eutin und die von dort jährlich ca. 150 Bundeswehrsoldaten in Auslandseinsätzen – gerade

in Afghanistan - setzen. Gesprächspartner der Landesgruppe waren dabei u.a. Konteradmiral Jens-Volker Kronisch, Kommandeur des Wehrbereichs Küste I, und Oberstleutnant Matthias Henkelmann, Kommandeur des Aufklärungsbataillons 6. Den Einsparvorgaben von acht Milliarden Euro im Verteidigungsetat und auch der geplanten Strukturreform stehe ich äußerst kritisch gegenüber. Für eine solch umfangreiche Reform sind stets erst einmal Mehrausgaben nötig, bevor man – natürlich dringend notwendige – Einsparungen erreichen kann. Die schleswig-holsteinische Landesregierung muss sich stärker für den Erhalt der hiesigen Bundeswehrstandorte einsetzen. Konterkariert wurde die Verlässlichkeit des Verteidigungsministers schon im Sommer 2010, als zu Guttenberg (CSU) plötzlich einen Baustopp für dringende Verbesserungen der unhaltbaren Zustände in den Soldatenunterkünften der Rettberg-Kaserne verfügte, obwohl er noch im April 2010 schriftlich bestätigt hatte, dass die Sanierung nun endlich im September 2010 definitiv beginnen würde. Für den **2. September 2010** hatte ich gemeinsam mit meinem Haushaltskollegen Johannes Kahrs (SPD) den Minister **Guttenberg** zum Standortbesuch in die **Rettberg-Kaserne** eingeladen, um ihn von der absoluten Dringlichkeit der Unterkunftssanierung auch als Motivationsschub für die Soldaten zu überzeugen. Mit **Johannes Kahrs** hatte ich mich bereits am **9. Juli** sowie erneut am **19. August 2009** vor Ort über die dringend notwendigen Sanierungsmaßnahmen informiert. Gesprächspartner waren u.a. der damalige Brigadegeneral und Chef des Stabes im Führungsstab Werner Freers sowie die für Sanierungen zuständige Abteilungsleiterin im Verteidigungsministerium, Alice Greyer-Wieninger.



*Am 09.07.09 besuchte ich mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Johannes Kahrs, der damals im Haushaltsausschuss des Bundestages für den Bundeswehretat zuständig war, die Rettberg-Kaserne in Eutin sowie die Wagrien-Kaserne in Oldenburg.*



*09.07.09: „Weiblich, jung, afghanisch – Perspektiven der Frauen Afghanistan“ Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Tina Marie Blohm in Eutin.*

Angesichts der weiteren Verlängerungen des Mandates für **Afghanistan** und den dortigen Einsatz der Bundeswehr informiere ich seit Jahren regelmäßig in Diskussionsveranstaltungen vor Ort. Gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung lud ich am **9. Juli 2009** zur Diskussionsveranstaltung „**Weiblich, jung, afghanisch – Perspektiven der Frauen in Afghanistan**“ in die Eutiner Kreisbibliothek ein. Mit **Tina Marie Blohm**, Vertreterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kabul und **gebürtige Meldorferin**, hatten wir eine Referentin, die aus erster Hand von ihren

Erfahrungen berichten konnte. Über die Frage „**Internationales Engagement für Afghanistan - Kann die Strategie zum Erfolg führen?**“ diskutierten wir am **3. September 2010** mit der Referentin **Dr. Almut Wieland-Karimi**, Direktorin und Geschäftsführerin des Berliner Zentrums für internationale Friedenseinsätze (ZIF), die ebenfalls 3 Jahre in Kabul für die Friedrich-Enert-Stiftung gewirkt hatte, im Carl-Maria von Weber-Gymnasium in Eutin.

Einen ganz besonderen Grund zu Feiern gab es im Mai und Juni 2009 in Ratekau. Gemeinsam mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages habe ich den Weg dafür frei gemacht, dass die dringend benötigte Sanierung der **Feldsteinkirche Ratekau mit insgesamt 800.000 Euro gefördert** wird. Am 27. Mai 2009 sorgten wir durch die Änderung eines Haushaltsvermerkes dafür, dass Geld aus dem Gebäudesanierungsprogramm des Konjunkturpaketes II in 29 denkmalgeschützte



*14.05.10: Bei der Legung der 1. „Dachpfanne“ auf das restaurierte Dach der Feldsteinkirche in Ratekau.*

Gebäude in der Bundesrepublik fließen kann. Mit den 800.000 Euro fließen auf einen Schlag 2/3 der gesamten Investitionskosten von Berlin nach Ratekau - die Feldsteinkirche aus Ratekau kommt **als einziges Projekt in Schleswig-Holstein** in den Genuss dieser Förderung. Gewinner sind neben den Menschen in Ratekau und Umgebung insbesondere diejenigen, die sich seit Jahren mit dem Vorsitzenden Jürgen Beck im Förderverein für den Erhalt der Vicelinkirche eingesetzt haben, die als Wahrzeichen Ratekaus gilt. Gewinner sind aber auch die kleinen und mittelständischen Handwerksbetriebe in der Region, die von den Bauaufträgen unter Leitung des namhaften Architekten Torsten Ewers profitieren. Ich war glücklich, als ich am **3. Juni 2009** bei einem **Besuch vor Ort**, bei dem unter anderem Sandra Redmann (MdL), Bürgermeister Thomas Keller, Gemeindegemeinderat Hans-Jürgen Krause, Pastorin Anke Dittmann, der Architekt Torsten Ewers, Jürgen Beck vom Förderverein „Freunde der Ratekauer Kirche“ und viele ehrenamtliche Unterstützer anwesend waren, den beteiligten Akteuren die gute Nachricht persönlich überbringen konnte.

Am 8. Mai 2011 wird die renommierte **KZ-Gedenkstätte Ahrensböök 10 Jahre alt**. Ich freue mich sehr, dass die Gedenkstätte unter der tatkräftigen Leitung von Monika Metzner-Zinßmeister in den vergangenen Jahren zu einem lebendigen Ort des Erinnerns geworden ist. Mit dazu beigetragen hat auch, dass der „**Verein zur Förderung der Gedenkstätte Ahrensböök/Gruppe 33**“ mit meiner Unterstützung Mitte September 2008 mit **85.000 Euro** eine 50%ige Bundesförderung aus einem einmaligen „Sondertopf“ des Bundes von 40 Mio.



*05.09.09: Mit dem Ehrengast Albert van Hoey, der als Zeitzeuge zur Wiedereröffnung der Gedenkstätte Ahrensböök kam.*

Euro „für die Behebung eklatanter baulicher Mängel bei Baudenkmalern von nationaler Bedeutung“ erhalten hat. Mit diesem Zuschuss konnten dringend notwendige und seit Jahren aufgeschobene Investitionen in dem ehemaligen frühen KZ in Ahrensböök getätigt werden, die dessen Erhalt und Sanierung endlich dauerhaft sichern – die eigentlich allein für die Kulturförderung zuständigen Gremien in Land, Kreis und Kommune haben sich bislang mit ihrer Förderung „vornehm zurückgehalten“. Diese

einzigartige Gedenkstätte in Ahrensböök, in deren Gebäude nicht nur 1933 ein frühes Konzentrationslager untergebracht war, sondern das gleichzeitig ein Ort des KZ-Todesmarsches durch den Kreis Ostholstein 1945 zur Verschiffung in Neustadt war (Cap-Arcona-Katastrophe/3. Mai 1945), ist seit den 90er Jahren Dank des ehrenamtlichen Engagements der „Gruppe 33“ ein Ort des lebendigen Gedenkens auch für Überlebende und ihre Angehörigen, ein Ort der Reflektion, des aktiven Engagements und der Aussöhnung für die Jugend (mit den jährlich im Sommer stattfindenden internationalen Jugendlagern). Aus diesem Grund gibt es in unserem Land keinen authentischeren Ort, an dem an das schlimmste Kapitel der deutschen Geschichte - den Holocaust - gedacht werden könnte. Viele namhafte Personen des öffentlichen Lebens und der Sozialdemokratie haben sich in der Vergangenheit bereits unterstützend wie ich für die Arbeit des Vereins eingesetzt: Heide Simonis als Schirmherrin während ihrer Zeit als Ministerpräsidentin, und auch der ehemalige Bremer Bürgermeister Hans Koschnik, der als unvergessener Festredner damals das 5jährige Jubiläum würdigte. Darum freue ich mich besonders, dass es durch meine Verbindung zur Friedrich-Ebert-Stiftung gelang, dass diese sich mit einer 10.000-Euro-Spende an den Verein an der noch schwierigen Kofinanzierung beteiligt.

Eine heftige Diskussion fand im Laufe des Jahres 2010 zur **Neufassung des Sparkassengesetzes** in Schleswig-Holstein statt – Vertreter der Vorstände von der Sparkasse Holstein und Kiel sowie des Personalrates waren auf meine Initiative zu Gesprächen in Berlin mit dem Vorstand des Deutschen Sparkassenverbandes und unserer Landesgruppe. Während in Berlin und Europa nach langem Zaudern zunehmend endlich die Regulierung der Finanzmärkte auf der Tagesordnung steht, hat die schwarz-gelbe Landesregierung in Kiel gegen alle Vernunft die Stütze der Finanzkrise – die öffentlich-rechtlichen Sparkassen – in eine Ernst zu nehmende Problemlage gebracht: Sie hat eine Gesetzesänderung vorgenommen, die das Einfallstor für eine unkontrollierbare Privatisierung der Sparkassen nicht nur in Schleswig-Holstein sein kann und gefährdet damit

leichtfertig ausgerechnet den öffentlich-rechtlichen Finanzsektor, der sich im Interesse des Gemeinwohls und der Daseinsfürsorge als Stabilitätsanker in der Finanz- und Wirtschaftskrise erwiesen hat. Die Sparkassen spielen eine wichtige Rolle für die heimische Wirtschaft und die Menschen der Region, sie haben in den Kreisen und Gemeinden als regionaler, verlässlicher Kreditgeber für mittelständische Unternehmen, als Finanzpartner für die Bürgerinnen und Bürger gerade im ländlichen und strukturschwachen Raum eine unersetzliche Rolle und sind zudem ein nicht zu ersetzender gemeinwohlorientierter Sponsor von Kultur, Jugendarbeit, Sport und Umwelt.



*15.09.09: Mit meiner Unterstützung verkaufte Franz Müntefering im Hansapark Marzipantorte zugunsten des Kinderschutzbundes Ostholstein.*

Außerdem habe ich zu folgenden Veranstaltungen eingeladen:

- **"Kultur, Talk und Politik – von Frauen für Frauen"**, Lesung mit anschließender Diskussionsrunde mit der SPD-Bundestagsabgeordneten und Buchautorin **Lale Agkün** in **Eutin und Bad Schwartau am 10. Juni 2009**.
- Mit unserer Europaabgeordneten **Ulrike Rodust** informierte ich mich am **24. August 2009** gemeinsam über **Probleme des ländlichen Raumes** und des **Tourismus**: wir besuchten das **Interreg-Projekt „Baltic Sailing“** in **Grömitz**, die **Fischereigenossenschaft in Heiligenhafen** und diskutierten die Probleme der Milchbauern bei der Familie Wendt auf ihrem landwirtschaftlichen Betrieb in **Riepsdorf**.
- Am **15. September 2009** besuchte der damalige SPD-Bundesvorsitzende **Franz Müntefering** den **Hansa-Park in Sierksdorf**; das Thema: **Kinder und Familien**.

Schwerpunkte meiner Besuche im Wahlkreis sind immer noch die **Schulen**. Bereits wenn die Klassen zu Besuch in Berlin sind – wo die Gesprächszeit mit mir von einer Stunde erfahrungsgemäß nie ausreicht, um die zahlreichen Fragen ausführlich zu beantworten -, biete ich an, selbst einmal in die Klasse zu kommen, um für **ein oder zwei Stunden Rede und Antwort im Hinblick auf meine Arbeit als Bundestagsabgeordnete zu stehen** und mit den jungen Leuten über aktuelle Themen zu diskutieren. In vielen Schulen war ich bereits mehrfach zu Gast; in den vergangenen beiden Jahren war ich u.a. in folgenden Schulen:

- Realschule Bad Schwartau am 12.01.09
- Realschule Ratekau am 16.07.09 und 16.02.10
- Wilhelm Wisser Schule in Eutin am 06.02.09 und 09.12.09
- Gymnasien in Eutin am 09.03.09 und Neustadt am 08.06.09

- Haupt- und Realschule Malente am 30.04.09
- Regionalschule Grömitz am 06.07.09
- Johann Liss Schule Oldenburg am 08.07.09
- Kreisberufsschule in Eutin am 10.07.09
- César Klein Schule in Ratekau am 10.06.09 und 12.05.10
- Waldorfschule Lensahn und das Ostseegymnasium Timmendorfer Strand zum Europatag am 10.05.10
- Leibnitz-Gymnasium Bad Schwartau am 11.01.11



*Am 11. Juli 2009 überreichte ich der Ahrensböcker Genossin Charlotte Krowke 75 Heimatliederhefte.*

Seit 2005 habe ich in meinem Wahlkreis zwischen Fehmarn und Reinfeld bereits über **15.000 Liederhefte** verteilt – Freude bereitet hat nicht nur das Weihnachtsliederheft und die Kinderlieder für Eltern und Großeltern, sondern vor allem der erste Band der Sammlung „Unsere schönsten Volkslieder. Gerade bei den Seniorentreffs der Wohlfahrtsverbände, bei Seniorenbeiräten und in Betreuungseinrichtungen für die ältere Generation hat sich dieses Liederheft mit den Heimatliedern, die alle Älteren aus ihrer Jugend kennen, stets großer Beliebtheit erfreut – und genau deshalb gibt es seit September 2010 mit dem 2. Band 5.000 neue Volksliederhefte mit einem veränderten Repertoire. 2009 und 2010 habe ich über 8.500 Liederhefte verteilt. Besucht habe ich unter anderem den Singnachmittag des Seniorentreffs in Ratekau, das Seniorenpflegeheim Eichenhof in Stockelsdorf, das Godenberg-Heim in Bad Malente, das DRK-Pflegeheim Eutin, das AWO-Pflegeheim in Lensahn, die Kurparkresidenz in Haffkrug, das Cura-Seniorenzentrum in Heiligenhafen, das Asklepios Pflegezentrum in Reinfeld und das Dana-Pflegeheim in Neustadt.

#### **IV. Transparenz und Information**

Einer bereits seit vielen Jahren geübten Tradition folgend, veröffentliche ich seit Beginn meiner Abgeordnetenzeit 2002 meine **Einkünfte und Ausgaben**, meine Steuerbescheide sind in der Rubrik „**Gläserne Abgeordnete**“ auf meiner Homepage ([www.bettina-hagedorn.de](http://www.bettina-hagedorn.de)) nachlesbar. Es gibt nur sehr wenige Abgeordnete, die sich freiwillig derartig „gläsern“ machen, weswegen ich schon häufiger auch in den bundesweiten Medien damit für Aufmerksamkeit sorgte. Im Dezember 2010 habe ich meine Diätenbezüge und steuerlich wirksamen Ausgaben von 2009 offengelegt.

Transparenz über meine politische Tätigkeit erreiche ich auch über eine intensive **Pressearbeit**. In den Jahren 2009 und 2010 habe ich insgesamt gut **130 Pressemitteilungen** in Berlin und im Wahlkreis veröffentlicht, die ebenfalls auf meiner Homepage zu finden sind.

Ein kaum zu unterschätzendes Kommunikationsmedium in der politischen Öffentlichkeitsarbeit ist meine **Homepage** [www.bettina-hagedorn.de](http://www.bettina-hagedorn.de). Sie im Hinblick auf meine Wahlkreisarbeit und meine Arbeit in Berlin stets aktuell zu halten, ist ein enormer Arbeitsaufwand, den ich nur mit der großen Unterstützung meiner Mitarbeiter schaffen kann. Diese Arbeit zahlt sich aus: seit der Neugestaltung meiner Homepage im Sommer 2009 verzeichnete die Seite fast 280.000 Besuche!



Die Startseite meiner Homepage.

Viermal im Jahr bringen die nunmehr leider nur noch sechs SPD-Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein als Landesgruppe außerdem den **Newsletter „Bundestag Direkt“** heraus. Darin informieren wir über Themen aus unseren Fachbereichen, die für Schleswig-Holstein relevant sind, über gemeinsame Initiativen und über Veranstaltungen vor Ort. Der Newsletter ist auf meiner Homepage zu finden, kann bei Interesse aber auch gern per E-Mail oder in Papierform über mein Büro in Eutin bezogen und dann an unsere Mitstreiter vor Ort ausgegeben werden. Viele Ortsvereine und Arbeitsgruppen machen von diesem Angebot zur Information an Mitglieder und Interessierte schon regen Gebrauch.



Schüler des Leibniz-Gymnasiums waren am 14.12.10 zu Besuch in Berlin.

Transparent und „nah bei den Menschen“ zu sein heißt für mich auch: **Türen in Berlin zu öffnen**: Eine ständig steigende Anzahl politisch Interessierter aller Generationen aus meinem Wahlkreis möchte den Reichstag und das Regierungsviertel in Berlin selbst erleben, ohne in den langen Besucherschlangen warten zu müssen – und nimmt dafür die Hilfe meines Berliner Büros in Anspruch: Von den **insgesamt knapp 6.800 Besuchern** allein in den letzten 6 Jahren kamen ca. **4.700 Jugendliche nach Berlin** – sie führen bei den **Besucherguppen im Reichstag**, mit denen ich mich in Sitzungswochen stets zu persönlichen Gesprächen treffe, die „Hitliste“ an. Allein in den **Jahren 2009 und 2010** waren erneut **über 2.000 Besucher** in Berlin, für 2011 haben wir schon 739 Personen

Transparent und „nah bei den Menschen“ zu sein heißt für mich auch: **Türen in Berlin zu öffnen**: Eine ständig steigende Anzahl politisch Interessierter aller Generationen aus meinem Wahlkreis möchte den Reichstag und das Regierungsviertel in Berlin selbst erleben, ohne in den langen Besucherschlangen warten zu müssen – und nimmt dafür die Hilfe meines Berliner Büros in Anspruch: Von den **insgesamt knapp 6.800**

angemeldet, davon sind 689 Schülerinnen und Schüler dabei. Zusätzlich lade ich jedes Jahr 200 Besucher aus Ostholstein und Nordstormarn zu einer dreitägigen Besuchergruppenreise ein, bei denen stets 15 bis 25 Plätze für engagierte Jugendliche mit ihren pädagogischen Betreuern reserviert sind, womit ich einen Beitrag zur Überwindung von Politikverdrossenheit und Wahlmüdigkeit gerade bei der jungen Generation leisten will. Außerdem halte ich aber auch Plätze für verdiente Ehrenamtler aus Kommunalpolitik, Vereinen und Verbänden als „Dankeschön“ für ihr gesellschaftliches Engagement bereit.

## V. Förderung von jungen Menschen

Junge Menschen auf ihrem Lebensweg, bei ihrer Bildung und im frühen Berufsleben zu unterstützen, ist für mich eine Herzensangelegenheit – als Mutter von drei Söhnen im Alter zwischen 27 und 32 Jahren, die alle als Facharbeiter ihren Weg gehen, und mittlerweile auch als Großmutter einer zweijährigen Enkelin, ist das sicher leicht nachvollziehbar. Daher versuche ich auch so oft wie möglich, jungen Menschen einen Einblick in den Berliner Politikalltag zu geben und vor allem junge Frauen dazu zu ermutigen, sich zu engagieren und einen Blick „über den Tellerrand“ zu wagen.



*Jugend im Parlament vom 05.-08.06.2010: Ria Stahl ist Mitglied der Jusos Ostholstein, das jüngste Mitglied des SPD-Ortsvereins Kasseedorf und Tochter des OV-Vorsitzenden von Kasseedorf, Christian Stahl.*

So gehörte z.B. die 18jährige **Ria Stahl aus Kasseedorf**, 12.-Klässlerin des Eutiner Carl-Maria-von-Weber Gymnasiums und engagiert im Jusovorstand Ostholsteins, zu den 310 Jugendlichen aus allen Wahlkreisen Deutschlands, die im Juni 2010 vier Tage im Rahmen des Projektes „**Jugend im Parlament**“ die Arbeit des Deutschen Bundestages live erleben konnten. 2009 konnte ich den **17jährigen Alexander Becker aus Eutin** zu dieser interessanten Veranstaltung begrüßen. Bereits seit 2004 lade ich zu diesem Projekt nach Berlin ein.

Immer wieder habe ich auch junge Menschen aus meinem Wahlkreis als **Praktikanten** in meinem Berliner Büro. 2009 und 2010 konnten insgesamt 6 Schüler und Studenten erste politische Arbeitserfahrungen sammeln. **Magnus Bünning und Timo Vogler** – beide ehemalige Schüler aus Eutin, die schon bei den Jusos aktiv waren, sind nach einem Praktikum heute als studentische Mitarbeiter fester Bestandteil meines Teams in Berlin.

Am **22. April 2010** nahm **Alisa Lembcke aus Ahrensböök** am mittlerweile 6. **Girls‘ Day** in Berlin teil, im Jahr zuvor war am **23. April 2009** die Berlinerin Vivian Modery mit dabei. Zum

alljährlichen Girls' Day lade ich junge Frauen ein, einen Blick hinter die Kulissen des Bundestages zu werfen und den Arbeitsalltag einer Politikerin kennenzulernen. Wie in vielen anderen männer-dominierten Berufen wollen wir auch in der Politik die Neugier junger Frauen an diesem ‚Job‘ wecken, denn wir brauchen Nachwuchs und es gibt viele Chancen der Mitwirkung – auch beruflich.



*22.04.10: Girls' Day in Berlin, mit Alisa Lembke aus Ahrensböök.*

Bereits zum zehnten Mal kann ich als Patin 2011/2012 einen jungen Menschen aus meinem Wahlkreis **ein Jahr in den USA** im Rahmen des **Parlamentarischen Patenschaftsprogramms**, das durch den Deutschen Bundestag finanziert wird, ermöglichen. Seit 2003 konnten insgesamt sieben Schüler und zwei Berufstätige einen Aufenthalt in den USA antreten. **Carola Steinbacher aus Ratekau** kehrte im Sommer 2010 mit vielen neuen Eindrücken aus den USA

zurück. Ich freue mich sehr, dass mit Carola zum zweiten Mal eine junge Frau nach ihrer abgeschlossenen Berufsausbildung als „Gewinnerin“ aus dem anspruchsvollen Bewerbungsverfahren hervorgegangen ist. Im Austauschjahr 2010/2011 ist meine **ehemalige Auszubildende Hawa Öruc** aus Fehmarn nach erfolgreichem Ausbildungsabschluss über das „Ticket“ der Berliner Bundestagsabgeordneten Eva Högl nach Amerika - genauer nach Kansas - gekommen. Ich freue mich riesig, dass sie in diesem harten Auswahlverfahren als ehemalige Hauptschülerin erfolgreich war und den Sprung über den „großen Teich“ gemacht hat. Im Sommer 2011 wird **die Eutinerin Sarah Zeller** durch das Stipendium ein Jahr nach Amerika aufbrechen.

Mit **Patrick Spahn** unterstützte ich 2009/2010 - wie jedes Jahr seit 2006 - einen jungen Menschen bei seinem **Freiwilligen Dienst im Ausland**. Entsandt von der Organisation EIRENE, absolvierte der Neustädter seinen freiwilligen Dienst beim US-amerikanischen Center On Conscience and War, einer Nichtregierungsorganisation, die Kriegsdienstverweigerern bei ihrem Weg aus den Streitkräften hilft.

Vom 22. – 24. April 2009 kam auf meine Einladung hin der damals 16jährige **Bujendorfer Friedrich Flüh von der Wilhelm-Wisser-Schule** in Eutin als junger Schülerredakteur nach Berlin, um gemeinsam



*Jugendpressetage der SPD-Bundestagsfraktion vom 22. - 24.04.09; zu Gast: der Bujendorfer Schüler Friedrich Flüh von der Wilhelm-Wisser-Schule in Eutin.*

mit rund 100 Schülerinnen und Schülern aus ganz Deutschland an den **Jugendpressetagen der SPD-Bundestagsfraktion** teilzunehmen. Bereits zum achten Mal trafen damals Jung-Journalisten mit SPD-Bundestagsabgeordneten und Mitgliedern der Bundesregierung in Berlin zusammen, um in Pressegesprächen und Diskussionsrunden ihre Wünsche und konkreten Erwartungen an die Politik zu formulieren. Gemeinsam mit dem vom Bundestag ausgerichteten **Jugendmedien-Workshop** ist dies eine hervorragende Möglichkeit für junge Menschen, hinter die Kulissen des parlamentarischen und medialen Geschehens in der Hauptstadt zu blicken und erste „professionelle“ Medienerfahrungen zu sammeln. Zu beiden lade ich regelmäßig ein.



*Bettina Hagedorn gemeinsam mit den schleswig-holsteinischen Teilnehmern Broder Ernst, Jonas Hamann und Fabian Petersen von der Klaus-Harms-Schule Kappeln sowie ihrem Praktikanten René Portier aus Eutin beim Bundesentscheid der Ecopolicyade am 02.07.10 in Berlin.*

Am **22. Juni 2009** fand das Finale des **1. Bundeswettbewerbs der „Ecopolicyade“** im Bundestag in Berlin statt – am **2. Juli 2010** fand diese Erfolgsstory mit dem **2. Berliner Bundesentscheid** ihre Fortsetzung. In beiden Jahren belegte das gut eingespielte Team der Klaus-Harms-Gesamtschule aus dem schleswig-holsteinischen Kappeln einen erfolgreichen zweiten Platz und konnte sich über eine Reise in die Schweiz freuen. Als Kuratoriumsmitglied der **Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)** hatte ich 2008 eine jährliche Förderung von 200.000 Euro für die **bundesweite Einführung**

des in Schleswig-Holstein damals schon überaus erfolgreichen Computer-Simulationsspiels - erfunden an der Hauptschule Bad Malente - durchgesetzt. Damit konnte „Ecopolicy“, bei dem es um die Zusammenhänge von guter Umwelt- und Wirtschaftspolitik bzw. nachhaltiger Staatsführung geht, an Schulen in der ganzen Bundesrepublik mit Fortbildungsangeboten für die Lehrer eingeführt und ab Frühjahr **2009 der erste Abschlusswettbewerb der Ecopolicyade in Berlin** gestartet werden. 2010 hatten sich bundesweit bereits etwa 200.000 Schülerinnen und Schüler beteiligt!

Für 2009 hatte ich im Haushaltsausschuss außerdem eine weitere Erhöhung der Mittel für die bpb um 500.000 Euro durchgesetzt. Mit diesem Geld sollten Projekte zur politischen Information und **Mobilisierung junger Menschen** - insbesondere aus so genannten "bildungsfernen Schichten" - finanziert werden, um die Motivation für eine bessere Wahlbeteiligung bei der Europa- und Bundestagswahl in 2009 zu stärken. Schleswig-Holstein war damals eine Schwerpunktregion für neue unkonventionelle Formen der Wähleraktivierung speziell der Jugend, bspw. für das so genannte „**peer teaching**“. Ein Projekt,

dass in diesem Rahmen durch die bpb gefördert wurde, war „**Aktion 09 – Gib Deiner Meinung eine Stimme!**“: Jugendliche des Bad Schwartauer Jugendzentrums „Alte Zwölf“ hatten sich 2009 zu Multiplikatoren aus den Zielgruppen der Erst- und Zweitwähler qualifiziert, die dann nach dem Schneeballprinzip andere Gleichaltrige zur politischen Beteiligung ermutigen sollten. Am 9. September 2009 hatten sie ihr Projekt zum Thema "Mobbing" an Schulen, zu dem sie auch einen Kurzfilm gedreht hatten, in der „Alten Zwölf“ vorgestellt. Außerdem gab es im Rahmen der „Aktion 09“ am selben Tag eine spannende Podiumsdiskussion, organisiert vom 12. Jahrgang der Berufsschule Oldenburg im Oldenburger Schützenhof, bei der sich alle Bundestagskandidaten des Wahlkreises den Fragen der rd. 500 anwesenden Schüler stellen mussten.



Am 09.09.2009 besuchte ich mit der Projektleiterin Julia Pfänder von der "Aktion09" das Jugendzentrum „Alte Zwölf“ in Bad Schwartau.

Durch meine vielen persönlichen Gespräche mit pädagogischen Personal über die Notwendigkeit der Frühförderung – insbesondere auch hinsichtlich der Sprachkenntnisse -



12.03.10: im AWO-Kindergarten in Bad Malente bei der Übergabe der Software „Schlaumäuse“.

konnte ich alle Kindergärten in meinen Wahlkreis auf das Angebot der Software „**Schlaumäuse – Kinder entdecken die Sprache**“ auf Initiative der Firma Microsoft zusammen mit dem Schulbuchverlag Cornelsen hinweisen. Das **AWO-Kinderhaus in Bad Malente** und der **Martin-Luther Kindergarten in Heiligenhafen** wurden auf meine Initiative mit der Software und einem Laptop ausgestattet. Auch dem **Kindergarten Rehhorst/Nordstormarn** überreichte ich im August 2010 zum 25jährigen Bestehen die Lernsoftware.

Seit September 2004 habe ich in meinem Berliner Büro junge Frauen zur **Kauffrau für Bürokommunikation** ausgebildet. Bei der letzten Zählung im Jahr 2008 wurden insgesamt 45 Ausbildungsplätze von den Abgeordneten aller Parteien zur Verfügung gestellt - bei damals 612 Abgeordneten beschämend wenig! Abgeordnete, die dann schon zwei Mal ausgebildet haben, konnte man mit der Lupe suchen – ich gehörte dazu. Nachdem Nadine Kadelka im Sommer 2007 erfolgreich ihre dreijährige Ausbildung trotz Doppelbelastung als junge Mutter in meinem Berliner Büro abgeschlossen hatte, habe ich sie wunschgemäß mit einer halben Stelle fest übernommen. Gleichzeitig habe ich der damals 17jährigen

ehemaligen Fehmaraner Hauptschülerin Hawa Öruc aus Burg die Chance auf einen Ausbildungsplatz in Berlin gegeben – und sie hat den „Sprung“ von der Insel in die Bundeshauptstadt gewagt und ihre Chance mit beiden Händen ergriffen.

Im Moment kann ich wegen Platzmangel in meinem Berliner Büro leider nicht ausbilden, weil die Raumkapazitäten der SPD-Bundestagsfraktion nach dem Ergebnis der verheerenden Bundestagswahl 2009 drastisch „zusammengeschmolzen“ sind. Insgesamt musste die SPD-Bundestagsfraktion über 300 Büroräume

abgeben - auch ich war davon betroffen! Hoffentlich fällt bei der nächsten Wahl das Ergebnis wieder besser aus und ich bekomme dann wieder Platz, um jemanden in meinem Berliner Büro auszubilden.



*Mit meiner ehemaligen Auszubildenden Hawa Öruc, die nun gerade für ein Jahr in den USA lebt und arbeitet.*

## **VI . Mein Mitarbeiter-Team – die „guten Geister“ in Berlin und Eutin**

Ohne mein „eingespieltes Team“ in Berlin und Eutin könnte ich meine Arbeit kaum erledigen. In meinem Berliner Büro teilen sich Jana Steinert aus Berlin und der gebürtige Flensburger Thies Grothe die wissenschaftliche Arbeit; um die Büro- und Terminorganisation kümmern sich – beide wegen Familienverantwortung in Teilzeit – die zwei Berlinerinnen Nadine Kadelka und Bianca Collier. Zur inhaltlichen wie organisatorischen Unterstützung habe ich zwei studentische Mitarbeiter an Bord: Magnus Bünning sowie Timo Vogler, beide aus Eutin. Das Eutiner Wahlkreisbüro wird von meinen „guten Seelen“ Regina Voß und Kirstin Winter mit viel Herzblut gemanagt – mein Dankeschön an ALLE.

Herzlichst Ihre

*Bettina Hagedorn*